

Weiber

ZEIT

einfach gesagt



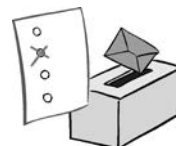
Politik ist auch Frauen-Sache



Am 27. September 2009 wird der Bundestag gewählt.
Im Bundestag sitzen Politikerinnen und Politiker von verschiedenen Parteien.
Bei der Wahl wird bestimmt wer in den nächsten Jahren regiert.

Die meisten Frauen mit Behinderung können auch wählen gehen.
Früher durften Frauen nicht wählen gehen.
Vor 90 Jahren durften Frauen in Deutschland das erste Mal wählen.

Vor der Wahl muss man sich entscheiden: Welche Partei will ich wählen?
Dazu muss man wissen: Was will jede Partei tun?
Dafür schreibt jede Partei Wahl-Programme.
In den Wahl-Programmen stehen aber nur die wichtigsten Themen.
Meistens schreiben die Parteien nichts über Frauen mit Behinderung.



Deshalb hat Weibernetz die Parteien gefragt:
Was machen Sie für Frauen mit Behinderung?
Die Antworten der Parteien gibt es in diesem Heft.

Weibernetz hat geschaut:

**Was hat diese Bundes-Regierung für Frauen mit Behinderung getan?
In den letzten 4 Jahren haben die Parteien CDU, CSU und SPD
zusammen regiert.**



- Die Bundes-Regierung hat den neuen Vertrag für die Rechte von Menschen mit Behinderungen unterschrieben.
Der Vertrag gilt auf der ganzen Welt.
Im Vertrag gibt es auch gute Bestimmungen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen.
- Die Bundes-Regierung hat ein Gesetz zum Schutz vor Nachteilen gemacht.
- Die Bundes-Regierung macht Dinge zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen:
 - Eine Untersuchung zum Thema Gewalt.
 - Das Projekt: Frauen-Beauftragte in Einrichtungen.
 - Das Projekt: Lauter starke Frauen.



Einiges hat die Bundes-Regierung nicht gemacht.
 Zum Beispiel: Wenn eine Frau Pflege braucht:
 Die Frau kann sich nicht aussuchen, wer die Pflege macht.
 Wenn Eltern mit Behinderung Assistenz brauchen:
 Sie bekommen die Assistenz nicht bezahlt.

Weibernetz hat viele Forderungen für die neue Regierung nach der Wahl:



- Die Bundes-Regierung muss aufschreiben: So wollen wir den neuen Vertrag für die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen!
Und: Das machen wir für Frauen mit Behinderung!
- Beratungs-Stellen und Frauenhäuser müssen barriere-frei sein!
- Es müssen Pläne gemacht werden:
Das machen wir, wenn einer Frau mit Behinderung Gewalt passiert!
Die Pläne müssen Einrichtungen machen.
- Es muss überall Selbstverteidigungs-Kurse für Frauen und Mädchen mit Behinderung geben!
- Frauen müssen sich aussuchen können:
Will ich von einer Frau oder einem Mann gepflegt werden?
- Eltern mit Behinderung müssen Assistenz bekommen!
- Alle müssen die Assistenz bekommen, die sie brauchen!
Die Assistenz muss kostenlos sein!
- Es müssen Arbeits-Plätze für Frauen mit Behinderung geschaffen werden!
Dabei muss gleich viel Geld für Frauen und Männer da sein!
- Es muss aufgeschrieben werden:
So viele Frauen mit Behinderung sind arbeits-los.
So viele Männer mit Behinderung sind arbeits-los.
- Wenn Frauen mit Behinderung krank sind:
Arzt-Praxen und Kranken-Häuser müssen barriere-frei sein!
Und Ärztinnen und Ärzte müssen sich mit Frauen mit Behinderung auskennen!



Brigitte Faber und Martina Puschke



Achtung: Wir haben in der WeiberZEIT nicht so viel Platz.

Daher gibt es hier nur eine Zusammen-Fassung der Antworten von den Parteien.

Die langen Antworten gibt es unter www.weibernetz.de

Frage 1:

Die neue UN-Konvention ist ein wichtiger Vertrag. In dem Vertrag geht es um die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Das heißt, Menschen mit Behinderungen sollen die gleichen Rechte haben, wie alle anderen Menschen auch.



Viele Länder auf der ganzen Welt haben den Vertrag unterschrieben. Auch Deutschland. Jetzt müssen die Länder den Vertrag wahr machen.



Die Länder sollen dabei besonders auf die Rechte von behinderten Frauen achten. Behinderte Frauen werden oft doppelt ungerecht behandelt:

- Weil sie behindert sind.
- Und weil sie Frauen sind.

Deshalb brauchen behinderte Frauen besondere Hilfen.



Weibernetz will wissen:
Was machen die Parteien, damit behinderte Frauen in Deutschland die gleichen Rechte bekommen?

Das sagen DIE GRÜNEN:

DIE GRÜNEN machen sich stark für behinderte Frauen. Alle Frauen mit Behinderung sollen selbst über ihr Leben bestimmen.



Das wollen DIE GRÜNEN für behinderte Frauen machen: Behinderte Frauen sollen besser vor Gewalt geschützt werden. DIE GRÜNEN wollen prüfen: Schützen die Gesetze auch behinderte Frauen vor Gewalt? Oder müssen neue Gesetze gemacht werden?

- Eltern-Assistenz:

Behinderte Eltern sollen die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Damit sie mit ihren Kindern zusammen leben können.



- Recht auf Pflege von Frauen:

Behinderte Frauen brauchen manchmal Hilfe bei der Pflege. Zum Beispiel beim Waschen oder beim Anziehen.

Behinderte Frauen sollen aussuchen können:

Wer macht die Pflege?

Die Frauen sollen ein Recht darauf haben, dass eine Frau die Pflege macht.

**Das sagt die CDU:**

Im Grund-Gesetz der Bundes-Republik Deutschland steht: Niemand darf wegen seiner Behinderung schlechter behandelt werden. Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.

Aber auch der UN-Vertrag für die Rechte behinderter Menschen ist wichtig. Dieser Vertrag gilt auf der ganzen Welt. Auch in Deutschland.



Alle wichtigen Entscheidungen für Menschen mit Behinderungen in Deutschland müssen zum Grund-Gesetz passen. Und die Entscheidungen für behinderte Menschen müssen zum UN-Vertrag passen.



DIE LINKE.**Das sagt DIE LINKE:**

Alle Menschen sollen die gleichen Rechte haben.
Auch behinderte Frauen und Mädchen.

Aber manche Menschen haben es besonders schwer.
Man sagt: Diese Menschen sind mehrfach diskriminiert.
Zum Beispiel: ausländische Frauen mit einer Behinderung.

- Als Frauen
- Als Menschen mit einer Behinderung
- Als Menschen, die aus dem Ausland kommen



DIE LINKE sagt:



Diese Menschen bekommen in Deutschland zu wenig Unterstützung.
Die Politik muss mehr für diese Menschen tun. Darauf will DIE LINKE aufpassen.

Die Politik soll bei allen Gesetzen und Plänen auf die Frauen achten:

- In der Schule und im Beruf.
- Bei der Bezahlung für die Arbeit.
- Bei der Pflege: Frauen sollen aussuchen können:
Wollen sie von Männern oder von Frauen gepflegt werden.
- Bei Beratung und Hilfe: Frauenhäuser sollen auch gut für behinderte Frauen sein.

**FDP**

Die Liberalen

Das sagt die FDP:

Alle Menschen sollen die gleichen Rechte haben.
Menschen mit Behinderungen sollen selbst über ihr Leben bestimmen.

In Deutschland gibt es noch keinen guten Schutz vor Gewalt
für alle behinderten Frauen und Mädchen.



Die FDP sagt: Die Bundes-Regierung hat zu wenig für behinderte Menschen getan. Sie hat
keinen guten Plan, wie gleiche Rechte für behinderte Menschen wahr gemacht werden sollen.



Deutschland hat den UN-Vertrag über die Rechte behinderter Menschen unterschrieben.
Jetzt muss Deutschland den Vertrag umsetzen
und die Rechte für behinderte Menschen stärken.

**Das sagt die SPD:**

Männer und Frauen sollen die gleichen Rechte haben.
Aber Frauen werden immer noch benachteiligt.
Das ist auch bei Frauen und Mädchen mit Behinderung so.
Das soll anders werden.

Deutschland muss den neuen UN-Vertrag über die Rechte von Menschen mit
Behinderungen erfüllen.

Dafür will die SPD einen Aktions-Plan machen.

2 Beispiele, was in dem Plan stehen soll:

- Barriere-Freiheit
Alles muss auch gut nutzbar für behinderte Menschen sein:
Die Häuser, die Busse und Bahnen, aber auch die Zeitungen,
das Fernsehen und das Internet.
Auch Beratungs-Stellen und Frauenhäuser müssen gut für Frauen mit Behinderungen sein.



...



...

- Recht auf Pflege von Frauen:

Behinderte Frauen brauchen manchmal Hilfe bei der Pflege.

Zum Beispiel beim Waschen oder beim Anziehen.

Behinderte Frauen sollen aussuchen können:

Wer macht die Pflege?

Die Frauen sollen ein Recht darauf haben, dass eine Frau die Pflege macht.

Frage 2:

Frauen und Mädchen mit Behinderungen erleben oft Gewalt.

Sie sollen besser vor Gewalt geschützt werden.

Die Hilfe-Angebote für Frauen müssen barriere-frei sein.

Das heißt:

Die Hilfe-Angebote müssen auch gut für behinderte Frauen sein.

- Zum Beispiel für Frauen im Rollstuhl.
- Oder für blinde Frauen.
- Oder für Frauen mit Lernschwierigkeiten.



Weibernetz fragt:

- Was machen die Parteien, damit Frauen mit Behinderung vor Gewalt geschützt werden?
- Wie wollen die Parteien erreichen, dass es mehr barriere-freie Hilfs-Angebote für Frauen gibt?



Das sagen DIE GRÜNEN:

Die Gesetze müssen für alle Frauen gleich gelten.
Für behinderte Frauen und für nicht-behinderte Frauen.



Aber auch Vorbeugung ist sehr wichtig.

Zur Vorbeugung von Gewalt sind Kurse wichtig:

Selbst-Behauptungs-Kurse und Selbst-Verteidigungs-Kurse für Frauen mit Behinderung. Dort lernen Frauen:

- Wie kann ich mich wehren gegen Gewalt?
- Wie kann ich NEIN sagen?
- Was macht mich stark?

Die GRÜNEN wollen: Es soll mehr Kurse für behinderte Frauen geben.
Damit sie sich gut gegen Gewalt wehren können.



Das sagt die CDU:

Die CDU und die CSU haben 2009 einen wichtigen Antrag gestellt.

In dem Antrag geht es darum:

Wie können Frauen und Mädchen mit Behinderung vor Gewalt geschützt werden?

Es muss Schulungen geben:

- Schulungen und Infos über Gewalt.
- Schulungen und Infos über Sex und Liebe.



...

...

Gute Gesetze gegen Gewalt sind auch wichtig.

Gewalt gegen behinderte Frauen wird manchmal nicht so streng bestraft.



Darum wollte die CDU in den letzten Jahren neue Regeln für ein Gesetz machen.

In dem Gesetz soll stehen:

Vergewaltigung ist immer ein schlimmes Verbrechen. Egal ob Frauen sich wehren können oder nicht. Zum Beispiel weil sie nicht sprechen können. Oder weil sie sich nicht bewegen können. Die Strafe muss immer gleich hoch sein.

Aber die SPD und die GRÜNEN wollten das Gesetz nicht.

Sie wollten noch einmal nachdenken: was muss in dem Gesetz stehen?

DIE LINKE. Das sagt DIE LINKE:

Es muss mehr Geld da sein für den Schutz vor Gewalt.

Zum Beispiel für Beratungs-Stellen.



Gewalt gegen behinderte Frauen muss bestraft werden. Gewalt gegen behinderte Frauen wird oft weniger streng bestraft. Gewalt gegen behinderte Frauen wird oft nicht ernst genommen.



Darum fordert DIE LINKE:

Das Gesetz gegen Gewalt muss geändert werden.

Es muss für alle Frauen gleich sein.

Zu barriere-freien Hilfe-Angeboten sagt DIE LINKE:

Im UN-Vertrag steht:

Es darf keine Hindernisse für behinderte Menschen geben.

Behinderte Menschen brauchen zum Beispiel:

- Aufzüge und Rampen
- Gebärdens-Dolmetscher für gehörlose Menschen
- Texte in Blinden-Schrift
- Leichte Sprache



Deshalb müssen auch in Deutschland alle Hindernisse für behinderte Menschen weg.

Und es ist billiger, wenn man gleich darauf achtet.

FDP

Die Liberalen

Das sagt die FDP:

Behinderte Frauen und Mädchen sollen gefragt werden:

Was muss anders werden, damit es einen guten Schutz vor Gewalt gibt.

Es muss mehr Informationen für behinderte Frauen geben.

Und es muss Kurse und Schulungen für behinderte Frauen geben.

Dort können sie lernen:

- Was ist Gewalt?
- Wie kann ich mich wehren?
- Wo kann ich Hilfe bekommen?

Die Schulungen stehen jetzt schon im Gesetz.

Aber es gibt noch viel zu wenig davon. Das soll anders werden.



**Das sagt die SPD:**

Gewalt gegen Frauen mit Behinderung ist für die SPD ein wichtiges Thema. Deshalb hat die SPD im Bundestag nachgefragt:

Wie können Frauen und Mädchen mit Behinderung vor Gewalt geschützt werden?

Die SPD sagt:

Die Fach-Leute sollen mehr über Gewalt gegen behinderte Frauen wissen. Sie sollen das schon in der Ausbildung lernen.

Zum Beispiel:

- Ärztinnen und Ärzte
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behinderten-Hilfe
- Lehrerinnen und Lehrer

**Frage 3:**

Mütter und Väter mit Behinderungen brauchen Hilfen und Unterstützung. Zum Beispiel im Haushalt oder bei der Kinder-Erziehung.

Aber oft ist es für behinderte Menschen schwer, diese Hilfen und Unterstützung zu bekommen.

Es gibt viele verschiedene Gesetze.

Oft ist nicht klar:

- Wer bezahlt die Hilfen?
- Auf welche Hilfen haben Mütter und Väter mit Behinderung ein Recht?



Deshalb wollen behinderte Menschen:

Das Recht auf Hilfe und Unterstützung für behinderte Eltern soll besser werden.

Es muss klare Gesetze geben.

Behinderte Eltern sollen ein Recht auf die Hilfen und Unterstützung haben, die sie brauchen.

**Weibernetz will wissen:**

Wie wollen die Parteien dafür sorgen, dass behinderte Mütter und Väter die Unterstützung bekommen, die sie brauchen?

**Das sagen DIE GRÜNEN:**

Die Regeln für behinderte Eltern müssen mit in das Gesetz für Hilfen und Unterstützung von behinderten Menschen.

Die GRÜNEN machen sich stark für Eltern-Assistenz.

Das heißt: behinderte Mütter und Väter sollen mehr Hilfe und Unterstützung bekommen.

Zum Beispiel:

- Ein behinderten-gerechtes Auto für die Familie. Oder ein Kinder-Wagen, den auch eine Frau im Rollstuhl schieben kann.
- Gebärdens-Dolmetscher für gehörlose Eltern: Damit die Eltern auch verstehen, was die Lehrer und Lehrerinnen sagen.
- Hilfe bei der Kinder-Erziehung und Unterstützung bei Problemen.





Das sagt die CDU:

Behinderte Eltern müssen die Hilfe und Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Oft ist nicht klar: Wer bezahlt die Hilfen? Deshalb muss es klare Gesetze geben.



Und es soll in jeder Stadt und in jedem Land-Kreis Ansprech-Personen für Eltern geben.

Diese Ansprech-Personen arbeiten in den „Gemeinsamen Service-Stellen“. Das sind Büros für die Unterstützung von behinderten Menschen. Die CDU will diese Büros besser machen.

Sie sollen verschiedene Hilfen anbieten. Zum Beispiel:

- Hilfe im Haushalt.
- Hilfe bei der Pflege.
- Und viele andere Hilfen.



Das sagt DIE LINKE:

Mütter und Väter mit Behinderungen brauchen oft Hilfen und Unterstützung. Aber oft ist nicht klar: Wer bezahlt diese Hilfen und Unterstützung?

Dann dauert es lange bis die Unterstützung bezahlt wird. Oder die Unterstützung wird gar nicht bezahlt. Das ist schlecht für die Eltern mit Behinderung.



Darum wollte DIE LINKE das Gesetz ändern.

Aber das wurde von den anderen Parteien im Bundestag abgelehnt.

Aber DIE LINKE will weiter für ein neues Gesetz kämpfen. In dem Gesetz soll auch stehen: Behinderte Eltern bekommen die Unterstützung und Hilfen, die sie brauchen.



Das sagt die FDP:

Die Kinder von behinderten Eltern sollen bei den Eltern leben. Behinderte Eltern sollen ihre Kinder selber erziehen. Behinderte Eltern sollen Unterstützung und Hilfe bekommen.



Die FDP sagt: Die Bundes-Regierung hat bisher zu wenig für behinderte Eltern getan.

Die FDP will ein klares Gesetz für die Unterstützung behinderter Eltern. Bisher gibt es so ein Gesetz noch nicht. Aber die FDP will dran bleiben.



Das sagt die SPD:

Die SPD will Eltern-Assistenz. Behinderte Eltern sollen Hilfen und Unterstützung bekommen. Darüber hat die SPD schon in den letzten Jahren viel geredet.

Nach der Wahl will sich die SPD weiter dafür stark machen. Behinderte Eltern sollen ein Recht auf Hilfe und Unterstützung haben.

Und es soll mehr Infos über behinderte Eltern geben. Zum Beispiel in den Zeitungen und im Fernsehen.

Mehr Menschen sollen wissen:

Behinderte Menschen können Kinder bekommen, wie alle anderen Menschen auch. Sie haben ein Recht auf eine eigene Familie.



Frage 4:

Frauen mit Behinderungen sind besonders oft arbeitslos. Sie finden nur sehr schwer eine Arbeit.

Deshalb fordern behinderte Frauen:

Es soll mehr Arbeits-Plätze für behinderte Frauen geben.

Und Arbeitsämter sollen genauso viel Geld für Frauen wie für Männer ausgeben.



Weibernetz fragt:

**Was wollen die Parteien machen,
damit mehr Frauen mit Behinderung eine Arbeit bekommen?**

**Das sagen DIE GRÜNEN:**

Besonders Frauen mit Behinderungen haben oft keine Arbeit.
Aber es gibt keine genauen Zahlen. Das wollen DIE GRÜNEN ändern.

Die Betriebe und Firmen sollen sagen:

- Wie viele behinderte Frauen und Männer arbeiten in dem Betrieb?
- Wie viele behinderte Frauen und Männer werden entlassen?



In den Arbeits-Ämtern soll es Personen geben, die sich gut mit behinderten Menschen auskennen.

Sie sollen helfen: Damit behinderte Menschen eine passende Arbeit bekommen.

Das ist den GRÜNEN noch wichtig:

Alle größeren Betriebe in Deutschland müssen behinderte Menschen einstellen.
Von 100 Arbeits-Plätzen müssen 5 Arbeits-Plätze für behinderte Menschen sein.
Sonst muss der Betrieb eine Strafe zahlen.



DIE GRÜNEN wollen:

Von 100 Arbeits-Plätzen sollen 6 Arbeits-Plätze für behinderte Menschen sein.
Dann gibt es mehr Arbeits-Plätze für behinderte Menschen.
Über besondere Regeln für behinderte Frauen wollen DIE GRÜNEN noch nachdenken.

**Das sagt die CDU:**

Frauen werden bei der Arbeit oft benachteiligt:

- Sie bekommen weniger Geld als Männer.
- Sie finden schwerer einen Arbeits-Platz.



Das ist ungerecht. Das soll anders werden.

Frauen sollen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen wie Männer.
Das gilt auch für Frauen mit Behinderungen.



Es soll mehr Arbeits-Plätze für behinderte Menschen geben.
Auch außerhalb der Werkstätten für behinderte Menschen.
Die Betriebe sollen behinderte Menschen einstellen.
Dafür bekommen sie Geld und Unterstützung.

Aber es soll keine Sonder-Regeln für behinderte Frauen geben.
Männer und Frauen mit Behinderungen sollen gleich behandelt werden.

DIE LINKE. Das sagt DIE LINKE:

Von 100 Arbeits-Plätzen in den Betrieben sollen 6 Arbeits-Plätze für behinderte Menschen sein. Das sind mehr Arbeits-Plätze als jetzt.

Es soll auch noch andere Hilfen geben, damit mehr behinderte Menschen eine Arbeit finden. Nicht nur in Werkstätten für behinderte Menschen. Sondern da, wo alle Menschen arbeiten.



Eine wichtige Frage ist auch:

Wie können mehr Frauen mit Behinderung eine Arbeit finden?

DIE LINKE sucht nach guten Tipps für diese Frage.

Sie will das zusammen mit dem Weibernetz überlegen.

**Das sagt die FDP:**

Es ist wichtig, dass es mehr Arbeits-Plätze für behinderte Menschen gibt.

Aber die FDP will keine Sonder-Regelungen für behinderte Frauen.

Für alle Menschen soll es die gleichen Rechte geben.

Die FDP sagt: Sonder-Regelungen für behinderte Menschen machenden Betrieben Angst.

Sie stellen dann vielleicht keine behinderten Menschen mehr ein.



Die FDP findet es besser so:

Die Betriebe sollen behinderte Menschen kennen lernen.

Dann können alle sehen: Behinderte Menschen wollen arbeiten.

Und sie machen ihre Arbeit gut.

Deshalb sind Möglichkeiten zum Kennen-Lernen besser

als Sonder-Regelungen für behinderte Menschen.

**Das sagt die SPD:**

Behinderte Frauen werden auf dem Arbeits-Markt benachteiligt.

Das heißt:

- Sie finden schwerer eine Ausbildung.
- Sie finden schwerer einen Arbeits-Platz.
- Sie bekommen oft weniger Geld als Männer.

Das ist ungerecht.

Die SPD will das ändern.

Behinderte Frauen sollen besondere Unterstützung bei der Arbeit bekommen.

Damit mehr Frauen mit Behinderung Arbeit haben.



Und das Geld soll gerecht verteilt werden.

Für Arbeits-Plätze für Frauen

soll genau so viel Geld ausgegeben werden wie für Männer.

Impressum

Weiber ZEIT

Erscheinungsweise: 3 x jährlich

Herausgeberin

Weibernetz e.V.

Projekt „Politische Interessenvertretung behinderter Frauen“

Kölnische Str. 99, 34119 Kassel

Tel.: 0561/72 885-85, Fax: 0561/72 885-53

e-mail: info@weibernetz.de

www.weibernetz.de

Alle Rechte vorbehalten. Copyright beim Weibernetz e.V. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autorinnen selbst verantwortlich.

Das Projekt „Politische Interessenvertretung behinderter Frauen“ wird finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

V.i.S.d.P.: Martina Puschke

Lay-Out: Brigitte Faber

Druck: Druckerei Foto-Litho Jäger GmbH, Kassel

Logo Weibernetz: Ulrike Vater, Kassel

Bildnachweis WeiberZEIT:

Fotos:

S. 2, 5, 6, 7, 8: Brigitte Faber

WeiberZEIT „einfach gesagt“

Zeichnungen:

S. 6 „Halt Leichte Sprache“: Jörg Fretter

alle anderen:

Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland e.V. (Hg.): Das neue Wörterbuch für Leichte Sprache, Kassel 2008, mit Zeichnungen von Reinhild Kassing und Sonja Karle

Die Übersetzung der WeiberZEIT in einfache Sprache machen wir in Zusammenarbeit mit Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland e.V., Tel.: 0561/72885-55, e-mail: info@menschzuerst.de, www.menschzuerst.de

Regelmäßige Informationen?

- Ich möchte gerne regelmäßig kostenlos die WeiberZEIT geschickt bekommen.
- Ich möchte die Weiber ZEIT bitte im Nur-Text-Format geschickt bekommen und zwar
 - Nur-Text-Format auf Diskette
 - Nur-Text-Format per Mail
- Ich möchte gerne Mitglied im Weibernetz e.V. werden. Bitte schicken Sie mir die nötigen Unterlagen

Dieses Angebot richtet sich an blinde und sehbehinderte Menschen

Name: _____

Adresse: _____

Tel. / Fax- Nr.: _____

e-mail: _____